



Bremische Bürgerschaft behinderter Menschen

LANDTAG
30. WAHLPERIODE

DRUCKSACHE 30/05
5. Dezember 2025

Thema: Bestand des BlauHauses sichern!

Beschlussvorschlag der Fraktion: Blaue Karawane e.V.

Das Behindertenparlament möge beschließen:

Das Behindertenparlament fordert den Bremer Senat auf, den Fortbestand des inklusiven BlauHaus-Projektes der Blauen Karawane e.V. in der Überseestadt, das durch die Streichung der AGH-Maßnahmen in der Blauen Manege seit März 2025 in seiner Existenz bedroht ist, durch den Erhalt dieses Kernbestandteils des Projektes zu sichern.

Begründung:

Im BlauHaus-Quartier und speziell in den Räumen der Blauen Manege ist die psychosoziale Arbeit, die vor über 40 Jahren mit der Auflösung der psychiatrischen Anstalt „Kloster Blankenburg“ begann, im Sinne einer fortschrittlichen Sozial-, Kultur- und Gesundheitspolitik weiterentwickelt worden. Durch die gegenwärtig erfolgende Umgestaltung des BlauHaus-Gartens zu einem naturnahen und klimafreundlichen PicoPark (mit Förderung durch Bundesmittel und die GEWOBA) ist das BlauHaus-Projekt jetzt dabei, ein psycho-sozio-ökologisches Gesamtkonzept an der Hafenkante zu verwirklichen. Diese Weiterentwicklung ist auch im Fokus des aktuell in Angriff genommenen Zukunftsprojektes „T`n`T – Transformation und Teilhabe“ (mit Antrag an Aktion Mensch), eines dreijährigen gemeinschaftsorientierten Vorhabens in der Überseestadt.

Für seinen sozialintegrativen und ganzheitlichen Ansatz wurde das BlauHaus-Projekt der Blauen Karawane e.V. schon mehrfach ausgezeichnet, so zuletzt z.B. 2023 mit der Preisverleihung zum Wettbewerb „Preis soziale Stadt“ (zusammen mit der GEWOBA) und 2024 mit dem Sozialpreis „Arbeit und Zukunft“-Trommel.

Politisch erhält die Blaue Karawane e.V. mit ihrem BlauHaus-Projekt und der Blauen Manege vielseitige Unterstützung für das Fortbestehen – u.a. von:

- **dem Stadtteilbeirat Walle.** Zitat aus dem einstimmigen Beschluss der Beiratssitzung vom 13.02.2025 zum Haushaltsantrag „Fortbestand der „Blauen Manege“ sichern und die „Blaue Karawane e.V.“ auch in Zukunft fördern: „Durch das konsequent inklusive Vorgehen im Rahmen des „BlauHaus-Projektes“ der „Blauen Manege“, welches auch überregional viel Aufmerksamkeit und Zuspruch erfahren hat, ist es gelungen, einen Brückenschlag zwischen den Menschen, die in den Projekten tätig sind, der Nachbarschaft in der Überseestadt und allen Interessierten herzustellen. Die vielfältigen Veranstaltungen und Angebote stellen eine wertvolle Bereicherung für das Leben und das Miteinander in Walle und im Besonderen im neugewachsenen Quartier der Bremer Überseestadt her.
Die Kürzungen im Bereich der Finanzierung von sogenannten AGH-Maßnahmen treffen die „Blaue Karawane e.V.“ empfindlich. Aktuell kann der Fortbestand der „Blauen Manege“ und des „BlauHaus-Projektes“ offenbar nicht weiter sichergestellt werden. Das drohende Ende wäre ein enormer Verlust für die betroffenen Menschen aber auch für den ganzen Stadtteil. Der Beirat Walle wendet sich daher entschieden gegen diese drohende Entwicklung und appelliert an die zuständigen Senatsressorts, ein solches Szenario unbedingt abzuwenden.“
- **der Gesundheitssenatorin,** der „keine Haushaltsmittel zur Verfügung (stehen), dieses Vorhaben ganz oder anteilig zu finanzieren“, die aber das Zukunftsprojekt der Blauen Karawane fachpolitisch begrüßt: „Die Blaue Karawane e.V. ist eine der markanten Stimmen in der fachpolitisch lebendigen Bremer Region West zur Weiterentwicklung der Teilhabemöglichkeiten im Bereich Kultur“ und „Das BlauHaus ist ein innovatives Projekt in einem neu entstandenen Stadtquartier, das wichtige Impulse für das kulturelle Leben und Inklusion in dieser Stadtregion geben kann. Das Projekt hat das Potential, weitere Schnittstellen zwischen dem psychiatrischen Versorgungssystem und dem Kulturbereich zu initiieren.“
- **dem Bürgermeister, Herrn Andreas Bovenschulte.** Zitat der Pressestelle des Senats aus der Mitteilung vom 26.09.2025:
„Bis heute setzt die „Blaue Karawane“ immer wieder Zeichen, so Bovenschulte. „Das zeigt ein beeindruckendes Beispiel: das größte inklusive Wohnprojekt Deutschlands, mit dem sie erneut gezeigt hat, wie aus Visionen Wirklichkeit wird. Das BlauHaus in der Überseestadt. Es ist ein Leuchtturm-Projekt der Integration und Inklusion. Es war mir eine Freude, bei der Einweihung 2022 dabei sein zu können.“
Die Psychiatriereform und damit auch die „Blaue Karawane“ sind nicht nur für sich bemerkenswert, so der Bürgermeister. Sie stünden sinnbildlich und vorbildlich auch für andere aktuelle Bedrohungen und Entwicklungen: „Sie stehen für eine Idee, die uns alle angeht: die Idee der Inklusion, des Miteinanders. Die Überzeugung, dass nur eine bunte Gesellschaft auch eine funktionierende Gesellschaft ist.“

Bei den bisherigen Gesprächen mit Vertreter*innen der zuständigen Ressorts (Arbeit und Soziales, Gesundheit) wurden der Blauen Karawane zwar Sympathien für die Bemühungen um den Fortbestand des Projektes zugesprochen, jedoch jeweils ressortintern keine Aussicht auf Finanzierung (ganz oder anteilig) gesehen. Der Gedanke an ein dem Charakter des BlauHaus-Projektes entsprechendes, ressortübergreifendes gemeinsames Handeln zur Lösung des Problems wurde nicht ernsthaft erwogen.

Der Blauen Karawane e.V. fehlen nach Wegfall der AGH-Maßnahmen für den Fortbestand der Blauen Manege an Grundkosten ca. 90.000 € pro Jahr und für die Deckung der Personalkosten ebenfalls ca. 90.000 € pro Jahr.

Die Deckung dieser Grund- und Personalkostenanteile ist die notwendige Voraussetzung dafür, dass die Blaue Karawane e.V. überhaupt in der Lage bleibt, die für das Projekt notwendigen weiteren Finanzmittel einzuwerben (andere Fördermaßnahmen, Spenden bzw. Sponsorenmittel).

Von Beginn an wird das BlauHaus-Projekt von einem großen Anteil ehrenamtlicher Arbeit mitgetragen, ohne die das ganze Unternehmen nicht zustande gekommen wäre und nicht bestehen könnte.

Ein Wegfall der bis Februar 2025 geleisteten Finanzierung der Blauen Manege würde zwangsläufig ein Auseinanderbrechen des ganzen BlauHaus-Projektes bedeuten, wenn jetzt keine Abhilfe geschaffen wird. Dies wäre nicht nur ein Verlust für die im Projekt unmittelbar betroffenen Menschen sondern für den ganzen Stadtteil. Darüber hinaus würde ein Auseinanderbrechen des Projektes, wenn man die Folgen bedenkt, sich auch finanziell nachteilig auf verschiedene beteiligte Seiten auswirken – nicht zuletzt auch auf behördliche.

Das Behindertenparlament fordert den Senat auf, ein solches Szenario unbedingt abzuwenden und alles dafür zu tun, dass für das BlauHaus-Projekt ressortübergreifend(e) Lösungen gesucht und gefunden werden.

Für die Abgeordneten des 30. Behindertenparlamentes: Klaus Pramann

Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31. März 2026 an den AK-Protest erbeten